

# Dossier

**Stoppt den politischen Genozid und Feminizid  
gegen Kurdinnen und Kurden in der Türkei!**

**Freiheit für Abdullah Öcalan!**



**CENÎ**

**Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.  
Kurdish Women's Office for Peace**

Corneliusstrasse 125  
D- 40215 Düsseldorf

Tel.: 0049 (0) 211 598 92 51

Fax: 0049 (0) 211 598 92 53

E-mail: [ceni\\_frauen@gmx.de](mailto:ceni_frauen@gmx.de)

Web: [www.ceni-kurdistan.de](http://www.ceni-kurdistan.de)

## Inhalt

### **1. Politischer Genozid und Feminizid – Das AKP-Regime**

- a) Hintergründe des politischen Genozids in der Türkei
- b) Massenfestnahmen und Schauprozesse
- c) Eskalation des Krieges: Einsatz chemischer Waffen und Massaker an der Zivilbevölkerung
- d) Gewalt gegen Frauen - Feminizid

### **2. Der Krieg gegen die Kurden manifestiert sich in der Haltung des türkischen Staates gegenüber Öcalan**

- a) Bedeutung von Abdullah Öcalan für die Kurden und Kurdinnen
- b) Die Entführung und Verhaftung von Abdullah Öcalan
- c) Abdullah Öcalan's Lösungsplan
- d) Abdullah Öcalan: Gefangener Ohne Rechte und Status
- e) Die Verantwortlichen entziehen sich ihrer Aufgabe

### **3. Internationale Dimension der kurdischen Frage und die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft**

- a) Lausanner Vertrag als historische Grundlage der Anti-Kurden Politik
- b) Die Rolle der USA und der EU
- c) Frieden in Kurdistan erfordert die Freiheit von Öcalan
- d) Dauerhafter Frieden erfordert Internationale Anerkennung der Kurden

### **4. Unsere Forderungen**

*Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen;  
ich war ja kein Kommunist.  
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen;  
ich war ja kein Sozialdemokrat.  
Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen;  
ich war ja kein Gewerkschafter.*

*Als sie mich holten, gab es keinen mehr,  
der protestieren konnte.*

*Pastor Martin Niemöller (1892-1984)*

## **1. Politischer Genozid und Feminizid – Das AKP-Regime**

### **a) Hintergründe des politischen Genozids in der Türkei**

Die AKP-Regierung unter Ministerpräsident Erdogan hatte sich darum bemüht, in der Türkei und auf internationaler Ebene den Eindruck zu erwecken, als strebe sie eine „demokratische Öffnung“ und Reformen an. In Wirklichkeit jedoch hat sie seit ihrer Regierungsübernahme 2002 ein Regime errichtet, in dem sie alle Sektoren des Staates kontrolliert: Schrittweise wurden die Staatsbürokratie, Militär und Justiz mit AKP treuen Funktionären besetzt. Der Polizeiapparat wurde ausgebaut und mittels neuer „Anti-Terror-Gesetze“ mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Die Presse wurde gleichgeschaltet. Die „Gewaltenteilung“ im Staat ist faktisch aufgehoben. Da die AKP Regierung die absolute Mehrheit im türkischen Parlament hat, kann sie zugleich für jede neue anti-demokratische Maßnahme ein passendes Gesetz erlassen, so dass das Unrecht zum „Recht“ erklärt wird. Jegliche politische und gesellschaftliche Opposition soll durch staatliche Repressionen, Verhaftungen und Verbote ausgeschaltet werden – sei es die kurdische Demokratie- und Frauenbewegung, seien es progressive Bestrebungen von Intellektuellen oder seien es türkisch-nationalistische Kräfte der früheren Machteliten.

Nach den Nationalwahlen am 22. Juni 2011, bei der die kurdische BDP in einem Wahlblock mit türkischen demokratischen Kräften einen großen Erfolg errang, eskalierte die Repressionspolitik der AKP. Sie nimmt immer gefährlichere Formen an, die nicht nur die Türkei radikal destabilisieren werden, sondern auch die gesamte Region des Mittleren Ostens. Denn die AKP-Regierung verfolgt außenpolitisch gegenwärtig eine Expansionspolitik, die eine Neuauflage des Osmanischen Reichs vorsieht. Die legitimen Forderungen der Kurdinnen und Kurden nach Anerkennung ihrer demokratischen Rechte, ihrer nationalen, kulturellen und politischen Identität; der Aufbau basisdemokratischer, gesellschaftlicher Selbstverwaltungsstrukturen im Rahmen der Demokratischen Autonomie wurde von der AKP-Regierung mit einem regelrechten politischen Genozid, einer Eskalation des Krieges und des Rassismus beantwortet.

### **Fethullah Gülen ruft zur Vernichtung der KurdInnen auf**

Die graue Eminenz und ideologische Leitfigur der AKP, der in den USA lebende islamische Sektenführer Fetullah Gülen, verkündete im Oktober 2011 in einer Videobotschaft eine „Fetva“ (heilige Botschaft), in der er die Anweisung gab: ‚Lokalisiert sie, umzingelt sie (...) zerschlagt ihre Einheiten, lasst Feuer auf ihre Häuser regnen, überzieht ihr Klagegeschrei mit noch mehr Wehgeschrei, rottet ihre Wurzeln aus und macht ihrer Sache ein Ende!‘ In der Folge initiierten faschistische Gruppierungen in verschiedenen Städten der Türkei rassistische Pogrome und Angriffe gegen KurdInnen. Auch in Europa fanden rassistische Mobilisierungen türkischer nationalistischer Gruppierungen statt.

## **b) Massenfestnahmen und Schauprozesse**

Seit dem 14. April 2009 finden in der Türkei permanent Massenfestnahmen statt. Die Verhaftungswellen gleichen dem Schema der Verhaftungen im NS-Faschismus, das in dem Zitat von Pastor Niemöller angesprochen wird. Täglich finden dutzende von neuen Verhaftungen, Angriffe und Massenprozesse statt, die auf immer breitere gesellschaftliche Kreise ausgedehnt werden.

Über 8.190 kurdische PolitikerInnen, Menschenrechts- und FriedensaktivistInnen, Gewerkschafter, AktivistInnen der Frauen- und Jugendbewegung wurden in den vergangenen anderthalb Jahren verhaftet. Etwa 4.000 von ihnen befinden sich noch immer in Untersuchungshaft. Unter ihnen befinden sich auch 6 kurdische Parlamentsabgeordnete und 15 amtierende BürgermeisterInnen, mehrere ehemalige Bürgermeister, zahlreiche Stadträte und Parteivorstände der Partei für Frieden und Demokratie BDP. Mittlerweile wurden auch türkische Akademiker und Intellektuelle verhaftet, die sich mit den Kurden für eine friedlich-politische Lösung solidarisch engagierten, wie beispielsweise der Verleger und Menschenrechtsaktivist Ragip Zarakolu und die Universitätsdozentin und Verfassungsrechtlerin Büsra Ersanli. Im Dezember wurden in gezielten Operationen 33 RechtsanwältInnen aus dem Verteidigerteam von Abdullah Öcalan sowie 35 JournalistInnen und MitarbeiterInnen von kurdischen und progressiven Medien verhaftet.

### **Angriffe auf Presse und Meinungsfreiheit**

Mit insgesamt 97 gefangenen JournalistInnen ist die Türkei weltweit das Land mit den meisten gefangenen JournalistInnen. Während Ministerpräsident Erdogan regelmäßig MedienvertreterInnen zu geschlossenen Versammlungen rufen lässt, auf denen er die Richtlinien für die Berichterstattung vorgibt, laufen derzeit rund 4000 Strafverfahren gegen MedienmitarbeiterInnen, aufgrund von regierungskritischen Veröffentlichungen.

### **Das KCK-Verfahren**

Das Hauptverfahren, das unter dem Namen „KCK-Verfahren“ seit Oktober 2010 gegen 152 kurdische PolitikerInnen vor dem 6. Schwurgericht in Diyarbakir durchgeführt, gleicht einem Schauprozess. 104 der Angeklagten befinden sich in Haft, die Mehrheit von ihnen bereits seit dem 14. April 2009, ohne dass sie bislang verurteilt wurden. Ferner ist es den Gefangenen verboten, sich in ihrer kurdischen Muttersprache zu verteidigen. Die türkischen Richter bezeichnen das Kurdische als »unbekannte Sprache«, sobald ein kurdisches Wort gesprochen wird, werden den Angeklagten die Mikrophone abgestellt. Auch die im Verfahren tätigen Anwälte und internationale BeobachterInnen bezeichneten den Prozess, bei dem das Recht auf Verteidigung ausgehebelt sei als „skandalös“.

Sämtliche Vorwürfe sind aus der Luft gegriffen. Keinem der Gefangenen wird eine Gewalttat angelastet, sondern ihnen wird allein „Mitgliedschaft“, bzw. „Unterstützung der KCK“ vorgeworfen. Ihnen wird der Prozess gemacht, weil sie sich für den Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen in den Kommunen und eine politische Lösung der kurdischen Frage durch Dialog mit allen Beteiligten eingesetzt haben.

Die Bürgermeisterin von Nusaybin, Ayse Gökhan, erklärte in einem Brief „im Namen der 14 Bürgermeisterinnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), die im Rahmen des sogenannten 'KCK-Verfahren' verhaftet wurden, bzw. in jedem Moment verhaftet werden können“:

*„Wir sind 14 gewählte Bürgermeisterinnen der BDP im Südosten der Türkei. Jede von uns ist ihrer Region mit einer durchschnittlichen Rate von 80% der WählerInnenstimmen gewählt worden. Gleichzeitig sind wir Befürworterinnen der Frauenbewegung für die Gleichstellung der Frau stehen. Seit dem Tag unserer Wahl werden wir von staatlichen Sicherheitskräften bedroht und überwacht. Jede Einzelne unserer Arbeit wird seitens der staatlichen Sicherheitskräfte aufgezeichnet. Als Frauen haben wir im männlich dominierten*

Staatssystem über die Jahrtausende hinweg immer auf der untersten Stufe gestanden. Nun bemühen wir uns darum, in den Kommunen unseren Willen zu vertreten, unser Recht auf Mitsprache und Entscheidungsteilhabe umzusetzen. (...) *Überall auf der Welt wird heute für die These der dezentralen Verwaltung plädiert. Auch wir stimmen dieser These zu und verteidigen sie. Weil wir dieses Arbeitsmodell vertreten und praktizieren, werden wir in den Akten des „KCK- Verfahrens“ erfasst und beschuldigt „KCK-Mitglieder“ zu sein.*

### **Türkischer Innenminister stellt klar: KCK-Operationen sind politische Operationen**

In einem Fernsehinterview legte der türkische Innenminister Beşir Atalay am 18.12.2011 offen, dass es sich bei den Festnahmewellen im Rahmen der „KCK-Operationen“ um politische Operationen der Regierung handle. Zuvor schob die AKP-Regierung die Verantwortung für die Festnahmewellen auf die türkische Justiz, die unabhängig ihre Aufgaben verfolge. Atalay widersprach mit folgenden Worten früheren offiziellen Erklärungen und benannte die eigene Regierung als Urheber der Operationen: „Für die PKK und ihre terroristischen Einheiten ist das Inland, das Ausland, die Berge und all das zur gefährlichen Zone geworden. Wir werden unsere Arbeiten genau in diesem Rahmen fortsetzen. [...] Unsere Sicherheitsvorkehrungen werden fortgesetzt. Auch im Winter laufen unsere Operationen pausenlos. Manche reden von irgendwelchen Gesprächen und so weiter, aber von so etwas kann nicht die Rede sein. Die grenzüberschreitenden Operationen, genauso wie die KCK-Operationen laufen alle koordiniert, sie wurden abgesprochen, beschlossen und werden umgesetzt.“ Auch Erdoğan hatte zuvor erklärt, dass er die KCK-Operationen als Premierminister begrüße und unterstütze<sup>1</sup>.

### **c) Eskalation des Krieges: Einsatz chemischer Waffen und Massaker an der Zivilbevölkerung**

Mit logistischer Unterstützung und politischer Rückendeckung der USA und anderer NATO-Staaten bombardiert die türkische Luftwaffe seit dem 16. August 2011 ununterbrochen kurdische Gebiete im Grenzgebiet Türkei-Irak-Iran. Nahezu täglich werden die föderalen kurdischen Gebiete im irakischen Territorium bombardiert und in Nordkurdistan (Türkei) weitläufige Militäroperationen und Angriffe durchgeführt. Durch die Bombardierungen werden Menschen getötet und ihrer Lebensgrundlage beraubt; massive Waldbrände ausgelöst und die Natur zerstört.

Die andauernden Proteste der kurdischen Bevölkerung gegen den Krieg beantwortet die AKP-Regierung mit brachialer Polizeigewalt und Massenverhaftungen. Bei den Protesten wurden insgesamt sechs DemonstrationsteilnehmerInnen in verschiedenen Städten durch Polizeikugeln und Tränengasgranaten ermordet.<sup>2</sup>

#### **Massaker an siebenköpfiger Familie**

Am 21.08.11 wurden bei einer Bombardierung von türkischen F-16 Kampfflugzeugen sieben ZivilistInnen ermordet. Zwei zivile Fahrzeuge waren im Kortek-Gebiet in der Region Kandil unterwegs, als sie von gezielt abgeworfenen Bomben getroffen wurden. Die Autos wurden vollständig zerstört, die Insassen, drei Erwachsene und vier Kinder wurden bei dem Angriff getötet: Hasan Mustafa Hasan (Vater), Mer Haci Mam (Mutter), Solin Şemal Hasan (6 Monate), Sonya Şemal Hasan (4 Jahre), Oskar Hüseyin (10 Jahre), Zana Hüseyin Mustafa (11

---

<sup>1</sup> Quelle: ANF, 19.12.2011, ISKU

<sup>2</sup> Vgl. Menschenrechtsverein IHD, Erklärung anlässlich des Internationalen Menschenrechtstages am 10.12.2011, <http://www.ihd.org.tr>

Jahre) und Rezan Hüseyin Mustafa (34 Jahre). Anstatt das Massaker Angriff aufzuklären oder zu bereuen, stiegen am 22.08.11 wieder Kampfbomber der türkischen Luftwaffe auf und bombardierten den Ort des Massakers erneut.

### **Einsatz chemischer Waffen**

Es ist belegt, dass das türkische Militär u.a. 1999 verbotene chemische Waffen eingesetzt hat, mit ihnen trainiert und dass es von der Führung des türkischen Militärs Befehle zum Einsatz dieser Waffen gegeben hat. Zudem ist belegt, dass die Türkei noch vor kurzem (im Jahr 2010) verbotene chemische Waffen gelagert und zum Verkauf angeboten hat<sup>3</sup>.

Am 22.10.2011 setzte die türkische Armee aufgrund des Befehls des AKP-Politikers und türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül erneut durch internationales Recht verbotene chemische Waffen ein. Bei dem Chemiewaffenangriff in der Region Cele/Cukurca wurden 36 kurdische FreiheitskämpferInnen auf bestialische Art und Weise getötet, ihre Leichname bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Der Leiter des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (BITS) Otfried Nassauer teilte gegenüber der Nachrichtenagentur Firat mit, dass es sich bei den eingesetzten Bomben um GPS gesteuerte Bomben der NATO handle. Nassauer, dem die Codes von den Überresten der Bomben vorgelegt wurden, konnte spezifizieren, dass es sich um eine NATO Bombe handele, die in den USA hergestellt worden sei.<sup>4</sup>

Im November 2011 stellten Anwälte in Deutschland eine Strafanzeige gegen den türkischen Ministerpräsidenten sowie mehrere Generalstabschefs wegen Kriegsverbrechen gegen die kurdische Bevölkerung und Verletzungen des Kriegsvölkerrechts. Bei den mit Beweismaterialien belegten und angezeigten „10 exemplarischen Fällen“ handelt es sich um extralegale Hinrichtungen, Tötung von Kämpfern nach Gefangenennahme, Folter, postmortale Verstümmelungen und Einsätze von verbotenen chemischen Waffen.<sup>5</sup>

### **Das Massaker von Qileban**

Am 29.12.2011 bombardierten türkische Kampfflugzeuge nachts eine Gruppe von Zivilisten in der Nähe des Dorfes Roboskî im Kreis Qileban (Uludere), Provinz Şirnêx (Şırnak), Türkei. Bei dem Massaker wurden 38 Menschen, darunter viele junge Menschen im Alter von 15 bis 20 Jahren, ermordet. Ihre Leichen wurden in zerstückeltem und entstelltem Zustand geborgen. Ein Dorfbewohner, der den Angriff verletzt überlebte, erklärte, dass die aus den Flugzeugen abgeworfenen Bomben einen bitteren Geruch verströmten, der ihnen den Atem genommen haben und gebrannt habe. Ein anderer berichtete, dass die Soldaten die Gruppe zunächst angehalten habe. Nachdem sich die Soldaten entfernt hätten, seien die Bomber gekommen und hätten die Gruppe bombardiert.

Im Fazit des Berichtes einer Delegation von Abgeordneten aus Deutschland, die zwischen dem 31.12.2011 und 4.1.2012 den Ort des Massakers besuchte, wird festgestellt: *„Im Bezug auf den Massaker in Uludere-Roboski lässt sich festhalten, dass das kein Versehen war, sondern ein bewusster Angriff. Andere Tatsache ist auch, dass dieser Krieg in Kurdistan und damit auch dieser Angriff in Uludere mit der Unterstützung der NATO durchgeführt werden. Die Türkei wird mit allen modernsten Waffen und Technik der NATO versorgt. Interessanterweise erklärte der USA- Botschafter in Ankara hinsichtlich des Massakers in Uludere, dass er die Linie der türkischen Regierung im Kampf gegen den Terrorismus voll unterstütze.“*

---

<sup>3</sup> MdB Dr. Jan van Aken, „Zum möglichen Chemiewaffen-Einsatz des türkischen Militärs“, 30.11.2011

<sup>4</sup> Vgl. ANF, 10.11.2011, ISKU

<sup>5</sup> <http://kriegsverbrechen-tuerkei.info>

#### **d) Gewalt gegen Frauen - Feminizid**

Gewalt gegen Frauen und Frauenmorde, die infolge ihres Ausmaßes als Feminizid bezeichnet werden können, sind ein weiterer Bereich, in dem die Folgen der AKP-Politik deutlich zutage treten. In der Türkei werden täglich durchschnittlich 5 Frauen getötet. Auch die zunehmenden Selbstmorde von Frauen sind alarmierend. In der Regierungszeit der AKP hat Gewalt gegen Frauen offiziellen Zahlen zufolge zu 1400-1500% zugenommen! Zugleich ging die Anzahl der Frauen in der Lohnarbeit von 39% auf 24% zurück.

Anstatt wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen, fördert die AKP mit ihrem Konzept des „politischen Islam“, sexistische und frauenfeindliche Tendenzen. Nach den Wahlen vom Juni 2011 wurde das Frauenministerium auf ein "Familienministerium" reduziert. Der Ministerpräsident und führende Politiker werben für das Modell der "nationalistischen, kopftuchtragenden, hinter ihren Männern stehenden und mindestens 3 Kinder gebärenden" Frau. Gewalt gegen Frauen, die diesem Vorbild nicht entsprechen, wird legitimiert. Vor allem politische Aktivistinnen sind enormen staatlichen Angriffen ausgesetzt. Frauen, die in der Türkei gegen Gewalt und für Freiheit und Demokratie kämpfen, werden jeglicher Art von Folter ausgesetzt und sollen so zum Schweigen gebracht werden. Während der AKP-Bürgermeister von Rize, Halil Bakirci, öffentlich propagierte, dass sich türkische Männer Zweitfrauen aus den kurdischen Provinzen nehmen sollten, wurden in den letzten 2,5 Jahren viele kurdische Aktivistinnen der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) verhaftet, da sie sich für eine geschlechterbefreite Gesellschaft einsetzten und aktiv in das politische Geschehen eingriffen.

#### **Die kurdische Frauenbewegung ist der AKP ein Dorn im Auge**

Kurdische Frauen sind im Jahrzehnt zu den wichtigsten Akteurinnen des gesellschaftlichen und politischen Lebens geworden. Indem sie sich unter dem Dach der DÖKH organisierten, Frauenräte, Frauenparks und Fraueneinrichtungen in den Kommunen aufbauten, Bildungsarbeit und Kampagnen gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen durchführten, an der Umsetzung alternativer Lebens- und Produktionsformen arbeiteten und für Frieden, Demokratie und Menschenrechte mobilisierten, gelang es kurdischen Frauen, patriarchale Normen und Tabus zu durchbrechen. Das Vertrauen der kurdischen Gesellschaft gegenüber dem politischen Engagement von Frauen wird nicht zuletzt daran deutlich, dass viele der weiblichen BDP-Abgeordneten und Bürgermeisterinnen bei den Wahlen um die 70-80% der WählerInnenstimmen ihres Wahlkreises erhielten. In allen Leitungsgremien der BDP gibt es eine Doppelspitze, die jeweils durch eine Frau und einen Mann besetzt ist. Auch im Parteirat und in den regionalen Vorständen stellen Frauen nahezu die Hälfte.

Aufgrund ihrer führenden Bedeutung bei der gesellschaftlichen und politischen Neugestaltung werden kurdische Frauen von der neokonservativen AKP-Regierung als „ernste Gefahr“ gesehen. So setzt die AKP-Regierung ihr Konzept des politischen Islam in erster Linie als Waffe gegen die demokratische Basisorganisation in Kurdistan ein: 12.000 Imame und 400 Vorbeterinnen wurden nach Kurdistan entsandt, um die Massen in den Moscheen davon zu überzeugen, dass die Frauen ins Heim und an den Herd gehören und zumindest drei Kinder gebären sollten. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es kein Zufall ist, dass Frauen 40% unter den Angeklagten im Rahmen der „KCK-Verfahren“ ausmachen. Genauso wenig ist es Zufall, dass die weiblichen Parlamentsabgeordneten der BDP, wiederholt mit Hetzkampagnen in der Presse und körperlichen Angriffen der Polizei bei Demonstrationen konfrontiert wurden. Trotz allem halten sie an ihrem Einsatz für eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft und eine politische Lösung der kurdischen Frage fest.

## **2. Der Krieg gegen die Kurden manifestiert sich in der Haltung des türkischen Staates gegenüber Öcalan**

Die AKP-Regierung eskalierte die Politik des politischen Genozids, die Angriffe und den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und ihre Freiheitsbewegung in einer Phase, in der die politische Lösung der kurdischen Frage erstmalig in greifbare Nähe geraten war und ein Dialog der Konfliktparteien begonnen hatte.

Abdullah Öcalan, dem Millionen von Kurden und Kurdinnen als ihrem legitimen politischen Repräsentanten ihr Vertrauen aussprechen, hatte sich seit 1993 aktiv um eine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage bemüht. Obwohl eine Delegation des türkischen Staates auf der Gefängnisinsel Imrali mit Abdullah Öcalan und an verschiedenen Orten mit VertreterInnen den Dialog suchte und im Juli 2011 eine gewisse Übereinstimmung bezüglich der notwendigen Schritte für einen Friedensprozess erzielt werden konnten, wurden all diese Bemühungen seitens der AKP-Regierung ignoriert und mit neuen anti-demokratischen Angriffen und Krieg beantwortet. Die Phase des Dialogs, welche seit 2006 erst indirekt, später dann direkt bis Juli 2011 geführt wurde, hatte ein Stadium erreicht, in dem die Regierung ihre Verantwortung nachkommen und konkrete Schritte veranlassen musste. Hierzu war sie jedoch nicht bereit. Es zeigte sich vielmehr, dass die AKP-Regierung diesen Dialog als eine Hinhaltenaktik benutze. Während die kurdischen Guerillakräfte weiterhin einseitige Waffenstillstände und eine Phase der Aktionslosigkeit einhielten, veranlasste die türkische Regierung demgegenüber Massenverhaftungen an kurdischen PolitikerInnen und militärische Vernichtungsoperationen. Damit wurde deutlich, dass die Regierung den Dialog nicht mit der Zielsetzung einer politischen Lösung geführt hatte. Als Konsequenz dieser Politik verhängte der Staat am 27. Juli 2011 eine Totalisolation gegen Abdullah Öcalan, im Zuge derer alle Anwaltsbesuche bei Herrn Öcalan sowie sein Recht auf Verteidigung systematisch verhindert werden.

Aus Sicht der Kurdinnen und Kurden ist die Haltung des türkischen Staates gleichbedeutend mit der Haltung gegenüber ihren Forderungen nach Anerkennung ihrer Identität und der Achtung ihrer demokratischen und kulturellen Rechte. Auch breite Kreise der Öffentlichkeit in der Türkei und des Staates sind sich mittlerweile darüber bewusst, dass Abdullah Öcalan eine Schlüsselrolle für den Friedensprozess und die Demokratisierung der Türkei spielt. Dies versucht die AKP-Regierung mit allen Mitteln zu verhindern.

In diesem Dossier gehen wir noch mal auf die Bedeutung Abdullah Öcalans und die Umstände seiner Verhaftung ein, da in den Medien häufig bewusst Falschinformationen verbreitet wurden, um Vorurteile zu schüren und eine öffentliche, internationale Unterstützung für die legitimen Anliegen Abdullah Öcalans und der kurdischen Freiheitsbewegung zu verhindern.

### **a) Bedeutung von Abdullah Öcalan für die Kurden und Kurdinnen**

Nicht erst seit heute gilt Abdullah Öcalan in weiten Kreisen der kurdischen Gesellschaft als Führungsfigur und wird von Millionen als Repräsentant ihres politischen Willens benannt. Abdullah Öcalan ist der einzige kurdische Politiker, dem es in über drei Jahrzehnten intensiven politischen Engagements gelungen ist, Kurden in allen vier Teilen des von den Grenzen zwischen der Türkei, Iran, Irak und Syrien geteilten Landes zu vereinigen und die Interessen dieses unterdrückten, staatenlosen Volkes zu vertreten. Auch die Kurden in Diaspora (Europa, Australien, USA, Kanada, ehemalige Sowjetgebiet) sehen in seiner Politik und Philosophie eine Perspektive für ein Leben in Würde und Freiheit. Deshalb begreifen die Kurdinnen und Kurden jeden Angriff auf die Person, das Leben und die Gesundheit Abdullah Öcalans als einen Angriff auf die kurdische Bevölkerung insgesamt.

In seiner politischen Arbeit setzte sich der kurdische Volksführer Abdullah Öcalan insbesondere seit den 1980er Jahren intensiv mit der Frage der Unterdrückung von Frauen und Perspektiven für die Frauenbefreiung auseinander. Er stellte sich gegen männliche, patriarchale Herrschaftsformen in der Gesellschaft und im eigenen Umfeld. Mit allen Mitteln, die ihm damals als Parteivorsitzendem der PKK zur Verfügung standen, versuchte er



Freiräume für Frauen zu schaffen. Mit seiner solidarischen Unterstützung trug er zu den Anfängen und der Entwicklung der kurdischen Frauenorganisation bei, ermutigte durch Vorschläge und Ideen Frauen unermüdlich dazu, sich eigenständig und selbstbewusst in die politische Arena zu begeben. Abdullah Öcalans Überzeugung, dass die Frauenbefreiung eine Bedingung und Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft ist und untrennbarer Bestandteil bei der Lösung der kurdischen Frage ist, hat heute zu einem radikalen sozialen Wandel in der kurdischen Gesellschaft geführt. Deshalb fühlen kurdische Frauen aller Generationen und die kurdische Frauenbewegung eine starke Verbundenheit zu Abdullah Öcalan und den Zielen seines Kampfes.

### **b) Die Entführung und Verhaftung von Abdullah Öcalan**

Die Entführung und Gefangenschaft von Abdullah Öcalans hat sowohl internationale als auch für den Mittleren Osten spezifische Hintergründe. Seit dem 1. Weltkrieg wurden die Kurden von verschiedenen Mächten stets zugunsten ihrer strategischen und politischen Interessen instrumentalisiert und zu Opfern der imperialistischen Politik unter dem Motto „Teile-und-Herrsche“. Da die Politik von Abdullah Öcalan und seine Forderungen zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden im Rahmen einer demokratischen Föderation der Völker des Mittleren Ostens die Interessen der internationalen und regionalen Hegemonialmächte durchkreuzten, wurde er nicht nur von der Türkei sondern auch von westlichen Staaten als politischer Gegner verfolgt und diffamiert.

Am 15. Februar 1999 wurde Abdullah Öcalan in Nairobi (Kenia) entführt und im Flugzeug eines türkischen Geschäftsmannes gefesselt in die Türkei gebracht. Die Entführung war ein Gemeinschaftswerk der Geheimdienste der USA, der Türkei und Israels. Ein Piratenakt, dem eine wochenlange Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Amsterdam, Rom und Athen voraus ging, da keine Regierung wagte, Abdullah Öcalan einen Aufenthaltsstatus zu geben und damit der politischen Lösung der kurdischen Frage eine Chance zu geben. Die politischen und ökonomischen Interessen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten hatten mehr Gewicht als das Menschenrecht. Das gilt auch für die Sonderhaftbedingungen unter denen Abdullah Öcalan auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali, wo er seit dem 16. Februar 1999 in Einzelhaft gefangen gehalten wird. Das erste europäische Guantanamo wurde auf Imrali gegen Abdullah Öcalan errichtet. Durch die langjährige Isolationshaft ist der Gesundheitszustand Abdullah Öcalans stark beeinträchtigt.

### **c) Abdullah Öcalan's Lösungsplan**

Trotz der starken Einschränkungen auf der Gefängnisinsel Imrali hielt Abdullah Öcalan an seinen Bestrebungen für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und ein neues demokratisch-konföderales Modell für die Völker im Mittlern Ostens fest. In seiner *Roadmap für die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage*<sup>6</sup> vom 15.8.2009 legte Abdullah Öcalan einen dreistufigen demokratischen Lösungsplan vor: Während die PKK eine dauerhafte Waffenruhe erklärt und beide Seiten Provokationen vermeiden, sollte die türkische Regierung in Zusammenarbeit mit dem Parlament eine „Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission“ bilden. In dieser Phase war auch vorgesehen die Freilassung der politischen Gefangenen der PKK und den Rückzug der bewaffneten Kräfte der PKK jenseits der Grenzen der Türkei geplant werden. Mit der Ausarbeitung und Umsetzung einer demokratischen Verfassung, sollte dann die Politik gänzlich im Rahmen legaler demokratisch-politischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Aktivitäten erfolgen.

Der türkische Staat hatte mit Kenntnis der AKP seit 2006 Gespräche mit Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali geführt, die Ende Juni 2011 in Form von drei Protokollen fixiert wurden. Diese Protokolle wurden kurz darauf dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan vorgelegt. Dieser reagierte hierauf während seiner Wahlkampagne mit den Worten: „Wäre ich 1999 an der Macht gewesen, hätte ich Öcalan hingerichtet!“ Dies war ein klares Signal für die weitere Kurden-Politik der AKP-Regierung.

---

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.freedom-for-ocalan.com>

### **Abdullah Öcalan: Gefangener Ohne Rechte und Status**

Seit dem 27. Juli 2011 wurde eine Totalisolation gegen Abdullah Öcalan verhängt. Anwaltsbesuche werden durch fadenscheinige Begründungen, wie „das Boot ist kaputt“ oder „schlechte Wetterbedingungen“ systematisch verhindert. Auch Besuche der Angehörigen wurden - bis auf einen einmaligen einstündigen Besuch seines Bruders am 12.10.2011 - untersagt. Ein anderer Gefangener auf der Insel Imrali teilte seinem Anwalt mit, dass zusätzlich Ende November 2011 gegen Öcalan eine 20-tägige verschärfte Einzelhaft als Disziplinarstrafe verhängt worden sei.

Unter dem Vorwand, dass der Repräsentant des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan über seine Anwälte mit der KCK (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans) kommuniziere, wurden 42 seiner Anwälte am 22.11.2011 festgenommen. Hierzu erklärte der Vorsitzende der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans KCK, Murat Karayilan, dass der KCK 10 handschriftliche Briefe von Abdullah Öcalan nicht durch Anwälte, sondern durch eine Delegation des türkischen Staates ausgehändigt worden seien.

Die AKP-Regierung arbeitete einen Gesetzentwurf aus, der das Recht politischer Gefangener auf Besuch drastisch beschränkt. Diese Gesetzesinitiative wurde vom türkischem Ministerpräsident Erdogan mit dem Ziel initiiert, die faktische Kontaktsperre gegen Abdullah Öcalan zu legalisieren. Demzufolge soll das Anwälten für 6 Monate das Besuchsrecht untersagt werden, wenn „der Verdacht bestehe, dass der Gefangen bei den Gesprächen, eine Organisation leiten oder ihr Anweisungen geben“ würde.<sup>7</sup>

### **Die Verantwortlichen entziehen sich ihrer Aufgabe**

Obwohl das Komitee zur Prävention von Folter des Europarates (CPT) in früheren Berichten auf gesundheitliche und körperliche Gefahren und Konsequenzen bei Fortdauer der Isolationshaftbedingungen hingewiesen hatte, ist das CPT gegenüber der gegenwärtigen willkürlichen Isolation bislang tatenlos geblieben. Obwohl verschiedene kurdische Organisationen und PolitikerInnen sowie Menschenrechtsvereine auf die Rechtsverletzungen hingewiesen haben, befolgen bislang weder der Europarat noch ist das CPT oder internationale Gremien in dieser Angelegenheit ihre eignen Rechtsnormen. Universelle Menschenrechte dürfen nicht mehr der politischen und wirtschaftlichen Ordnungen geopfert werden.

## **3. Internationale Dimension der kurdischen Frage & die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft**

### **a) Lausanner Vertrag als historische Grundlage der Anti-Kurden Politik**

Seit dem Abkommen von Lausanne, bei dem 1923 die Aufteilung Kurdistans politisch-diplomatisch fixiert wurde, sind die Kurden zur Zielscheibe und zu Opfern internationaler Interessenskonflikte geworden. Die Weigerung, das kurdische Volk und seine Rechte anzuerkennen, führte sowohl zu kurdischen Aufständen als auch zur Instrumentalisierung der Kurden durch westliche Hegemonialmächte und in Konflikten zwischen der Türkei, dem Irak, Iran und Syrien. Die Aufwirkungen waren wiederholte Massaker an der kurdischen Bevölkerung wie z.B. im Zuge des Aufstände von Koçgiri 1920, Piran 1925, Ararat 1926–1930, Dersim 1938, bei der Niederschlagung der Republik von Mahabad 1946, im Iran-Irak-Krieg, während der Anfal-Operationen und dem Halabja-Massaker 1988.

---

<sup>7</sup> Vgl. ANF, 11.01.2012, <http://www.firatnews.com>

### **Das Beharren auf dem alten Status-Quo**

Der türkische Staat beharrt darauf, den alten Status Quo für die Kurden beizubehalten. Das heißt, Negierung und Eliminierung aller legitimen kulturellen und politischen Existenzrechte. Vor diesem Hintergrund sind auch die Eskalation der Politik des politischen Genozids, des Krieges und die jüngsten Massaker an der kurdischen Bevölkerung in Qileban unter der AKP-Regierung einzuordnen. Diese Politik der AKP ist jedoch nicht nur eine innenpolitische Frage der Türkei. Sie wird auch international gedeckt, damit der Lausanner Vertrag, d.h. der Vertrag der Entrechtung des kurdischen Volkes, aufrecht erhalten werden kann.

### **b) Die Rolle der USA und der EU**

Die Türkei befindet sich Prozedur zur Aufnahme in die EU und ist daher ein wichtiger Faktor für die politische und wirtschaftliche Erweiterung Europas zum Mittleren Osten. Das Land hat eine wichtige geostrategische Lage und gewinnt dadurch Bedeutung in der internationalen Politik, insbesondere mit Hinblick auf die Entwicklungen in den Nachbarstaaten Irak, Iran und Syrien. Für ihre politischen und ökonomischen Interessen versteht es die AKP-Regierung, ihre geografische Lage, die strategische Bedeutung gewinnt, zu vermarkten.

Die USA sind aufgrund ihrer globalen politischen und wirtschaftlichen Interessen bemüht, die AKP für ihr „Greater Middel East Project“ hoffähig zu halten, dessen Umsetzung mit dem Irak-Krieg 2003 begann. Über die sogenannte „türkische Version des moderaten Islams“, d.h. die AKP-Regierung, ist die gegenwärtige Obama-Regierung bemüht, den Einfluss der USA im Mittlern Osten zu erweitern. Deshalb preist die US-Regierung dieses Modell auf für die „Länder des Arabischen Frühlings“ wie Tunesien und Ägypten an und deshalb wird die AKP außen- und innenpolitisch durch die USA gefördert, geleitet und unterstützt. Auch in militärischer Hinsicht wurden dem NATO-Partner Türkei wichtige Aufgaben übertragen: So wurde im Herbst 2011 in der Nähe der kurdischen Stadt Malatya ein gegen den Iran und Russland gerichteten NATO-Raketenabwehrsystem stationiert. Wobei die Türkei im Gegenzug auf weitere Lieferung von „moderner“ Militärtechnologie, strategischen Informationen und Waffen seitens der USA und europäischer Länder für die Bekämpfung der kurdischen Freiheitsbewegung hoffen darf. Diese Entwicklungen legen die Vermutung nah, dass weitere Massaker und Giftgasangriffe gegen KurdInnen folgen werden, falls die westlichen Mächte sich nicht zu einem Waffenembargo und Sanktionen gegen die völkerrechtswidrige und anti-demokratische Politik der AKP entscheiden sollte.

### **c) Frieden in Kurdistan erfordert die Freiheit von Öcalan**

Bei der Lösung der kurdischen Frage ist die Rolle Abdullah Öcalans von entscheidender Bedeutung. Er war derjenige, der in seinen Gesprächen mit der staatlichen Delegation jedes Mal Vorschläge und Konzepte für den Frieden vorgelegt und wiederholte einseitige Waffenstillstände der kurdischen Guerillakräfte veranlasst hat. Da er durch die Politik der AKP seit dem 27. Juli 2011 mundtot gemacht wurde, eskalieren die Gewalt und der Krieg in Kurdistan.

Mit der Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan leistet die kurdische Bevölkerung Widerstand gegen den politischen Genozid und Krieg des AKP-Regimes. Zugleich hält sie mit dieser Forderung am begonnenen Aufbau der Demokratischen Autonomie und am Kampf für die internationale Anerkennung als Volksgruppe in der Türkei, Iran und Syrien fest.

Die Demokratische Autonomie bedeutet die Bildung einer Föderation selbstverwalteter Kommunen in Kurdistan anhand der Prinzipien der Basisdemokratie, Ökologie und Geschlechterbefreiung. Sie garantiert ihren Bürgerinnen und Bürgern grundlegende Rechte wie das Recht auf politische und gesellschaftliche Partizipation, kulturelle Vielfalt, Anerkennung ihrer Identität und Muttersprache. Zugleich stellen die demokratischen Bestrebungen der Kurden in der Türkei, Iran, Syrien und ihr erklärter Wille, die kurdische Frage innerhalb der

bestehenden Grenzen auf dem Weg der Demokratisierung zu lösen, ein wichtiges Standbein für einen dauerhaften Frieden und das Zusammenleben der Völker im Mittleren Osten dar.

Für die Lösung der kurdischen Frage und einen nachhaltigen Frieden im Mittleren Osten sind die Sicherheit, Gesundheit und Bewegungsfreiheit von Abdullah Öcalan eine Voraussetzung und eine Schlüsselfrage.

#### **d) Dauerhafter Frieden erfordert Internationale Anerkennung der Kurden**

Die UN, der Europarat, die EU und auch die USA dürfen das Menschen- und Völkerrecht nicht länger zum Opfer von Profitinteressen machen. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen ist mehr als überfällig, dass die internationale Staatengemeinschaft den ständigen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen des türkischen Staates Einhalt gebietet, sowie sich seiner historischen Verantwortung für eine politische Lösung der kurdischen Frage stellt.

Was das kurdische Volk fordert und ihm zusteht, ist in der UN Charta klar und deutlich verankert:

„Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“

#### **4. Unsere Forderungen**

Angesichts der in diesem Dossier darlegten Entwicklungen und der Gefahr einer Eskalation des Krieges und Genozids in Kurdistan fordern wir alle zivilgesellschaftlichen und politischen Institutionen, alle Regierungen sowie Gremien der Europäischen Union, des Europarats und der Vereinten Nationen auf, sich für die Umsetzung folgender Forderungen einzusetzen:

- **Sofortige Sicherstellung der Bewegungsfreiheit, der Gesundheit und Sicherheit von Abdullah Öcalan**
- **Anerkennung der Demokratischen Autonomie der Kurden in der Türkei, Iran und Syrien im Einklang mit der UN Charter**
- **Sofortige Beendigung des politischen und kulturellen Genozids sowie des Feminizids durch das AKP-Regime**
- **Einstellung aller politischer, militärischer und ökonomischer Unterstützung für das AKP-Regime sowie ein sofortiges Waffenembargo gegen die Türkei**
- **Aufklärung und Verurteilung aller Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen**

Zur Umsetzung dieser Schritte fordern wir die Ernennung eines UN Sonderberichterstatters für die kurdische Frage in der Türkei und zur Untersuchung des Zustands von Abdullah Öcalan sowie die Errichtung eines Sonderkomitees der UN für die kurdische Frage.

***CENÎ - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.***

***Januar 2012***